

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 3 Uhr. Regenspreiser: Bei Abholung in der Reichshauptstadt und den Hauptstädten 2 RM, im Monat, bei Lieferung durch die Boten 2,30 RM, bei Postbestellung 3 RM. Die Reichshauptstadt und die Hauptstädte sind durch den Reichspostminister als Reichspostanstalten anerkannt. Die Reichshauptstadt und die Hauptstädte sind durch den Reichspostminister als Reichspostanstalten anerkannt.

Regenspreiser: Die Reichspostminister 20 RM, die Reichspostminister 20 RM, die Reichspostminister 20 RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 96 — 90. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2040      Sonnabend, den 25. April 1931

## Rauhreif im Frühling.

Schwerkarbeit im Reichsministerium — Deutsches Gepäck für Sackets Reise — Zermahlene Willkür.

Statt freundlicher Willkommensgrüße empfangen den aus seinen Ferien zurückgekehrten Reichskanzler sehr viel unfreundlichere Klagen und Mahnungen, Wünsche und Beschwerden, Sorgen und Aufgaben. Er und sein Kabinett müssen fortan allein regieren, ungefragt, freilich auch ungefragt vom Reichstag, der auch in die Ferien ging, aber gleich für mehr als sechs Monate dort verbleiben will. Das hindert aber die Parteien nicht, dem Reichskanzler Wünsche und Klagen zu übermitteln, kaum daß er den Fuß wieder auf den Boden Berlins gesetzt hat. Und die Politik wäscht die letzte Erinnerung aus Badenweiler an den beginnenden Frühling mit rauher Hand hinweg. Hat doch der Anfang dieses Frühlings noch immer nicht eine wirklich entscheidende Wendung in unserer wirtschaftlichen und sozialen Not gebracht, wagen sich doch nur schüchtern die ersten Knospen einer Besserung hervor. Aber an manchen Ästen des Baumes will sich noch gar nichts zeigen. Mit Zwang ist da nichts zu machen, man muß nur geduldig hoffen; schon Bismarck warnte ja davor, das Blühen und Reifen mittels einer daruntergehaltenen Lampe beschleunigen zu wollen. So wird die Regierung erst noch die Veranlagung der Arbeiten jener „Brauns-Kommission“ abwarten, deren Aufgabe es ist, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Vorschläge zu machen. Ernährung- und damit zusammenhängende handelspolitische Wünsche und Differenzen werden dagegen wohl eher jetzt im Schoße des Kabinetts behandelt und — ausgeglichen werden müssen. Sie sind ja nur ein leises Echo des wirren Lärms, der wegen der agrar- und handelspolitischen Pläne und Gegenpläne den europäischen Kontinent durchdringt. Nur ist zum mindesten das Hemd der gegenwärtigen Not und erbeulich näher als ein vielleicht ganz gut passendes Rad späterer Generalregulierung. Und jenes unmittelbar am Körper sitzende Kleidungsstück hat eine peinliche Ähnlichkeit mit dem Reissack, das den Träger tödlich vergiftet, auch wenn er — ein Perlules ist. Ramentlich dann, wenn dieser Körper auch unter finanziellen Lasten steht. Es ist heute wirklich kein Geheimnis mehr, daß zu den nächsten Ausgaben der Regierungsbudgets auch sehr energische Streichungen auf der Ausgabe-Seite des Reichshaushalts gehören, da es auf der Einnahmenseite noch bedenklicher auszuheben scheint, als befürchtet wurde, nun also der im Ermächtigungsgesetz vorgesehene Fall eingetreten ist oder eintreten droht. Ein Trost ist dabei: eine Erhöhung der Lasten darf nicht erfolgen; dies kann selbst das sozusagen allmächtige Kabinett Brünning nicht beschließen.

Schon am Bahnhof, auf dem Dr. Brüning aus seinem Osterurlaub wieder in Berlin eintraf, standen neben diesen und anderen inwendigen auch die außenpolitischen Sorgen in grauem Gewand. Auf sie mag er hingewiesen haben, als er, von ihnen immer begleitet, den Abschiedsbesuch des amerikanischen Vizekonsuls Sackett empfing, der jetzt in die Heimat zu einem gewöhnlich sehr viel fröhlicheren Urlaub fährt, als ein solcher dem deutschen Reichskanzler beschieden sein kann. Sackett wird ein ganzes Paket deutscher Wünsche mit hinüber nach Washington nehmen müssen und da mag wohl ganz oben in seinem Koffer das dringende Verlangen der deutschen Reichsregierung liegen, daß man von Amerika her nun endlich ein wenig mehr Kraft und Aktivität in der Kreditpolitik entwickelt als bisher und man hierin endlich aus dem Neben- und zum Haupt- kommt. Sicherlich haben sich die beiden Staatsbankleiter Englands und Amerikas kaum nur über die beste Art, „Golf“ zu spielen, so lange unterhalten! Und von der Kreditpolitik bis zur Frage der Reparationen ist ja nur ein Schritt. Wenn wir den allerdings auch nur zu machen wünschen, stellt uns Frankreich stugs ein Bein und schreit, wenn wir einmal draustreten. Dagegen hat man es in Paris gar nicht eilig, sich zu entschuldigen, wenn sich höhere, in Deutschland Gastrecht genießende Offiziere dertart aufzuführen, wie es die photographierfähigen Herren in Königsberg angedreht und noch im Beisein des dortigen diplomatischen Vertreters Frankreichs fertig brachten. Es ist schon mehr als eine ganze Woche her, daß wir auf diese Entschuldigung aus Paris warten dürfen, die doch zum mindesten aus von einer Verstrafung der Schuldigen begleitet sein müßte. Statt dessen verheißt man im Esch „deutsche Spione“, erklärt freilich bereits, daß man „zu früh zugeariffen“ habe. Da lohnt sich also kaum, den Goethe zu zitieren: „Man merke die Absicht und man wird verstimmt!“ Aber die Art, wie diese Dinge von Paris aus behandelt werden, zeigt recht unzweifelhaft — und kann auch gleich dem amerikanischen Vizekonsul mit in den Reiskoffer hineingesteckt werden — wie tief das Barometer der deutsch-französischen Beziehungen gegenwärtig steht, — gewiß nicht durch deutsches Verschulden! Sie sind wenig frühlinghaft.

Zimmer noch mehr aber auch in den jetzigen Frühling wieder hinein der eilige Wind aus der sogenannten Vergangenheit, aus der Zeit des Krieges nämlich, der

## Neuer Angriff Polens auf Danzigs Unabhängigkeit

Erklärungen des Senatspräsidenten.

Das demonstrative Rücktrittsgesuch des polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig, Minister Straßburger, bildete wie zu erwarten war, nur den Auftakt zu neuen polnischen Bestrebungen auf eine weitere Einschränkung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Freien Stadt Danzig.

Polen erstrebt dadurch vor dem Völkerbundsrat die Anwendung eines Beschlusses des Völkerbundsrates vom 22. Juni 1921, wonach die polnische Regierung unter besonderen Voraussetzungen dazu berufen sein soll, die Aufrechterhaltung der Ordnung im Gebiet der Freien Stadt Danzig sicherzustellen.

Der Präsident des Danziger Senats Dr. Biehm hielt im Danziger Senat eine bedeutungsvolle Rede, in der er sich eingehend mit der durch den bedrohlichen polnischen Vorstoß geschaffenen Lage beschäftigte. Mit diesem Schritte erstrebe Polen die Hoheit über Danzig, insbesondere einen Einfluß auf die innere Verwaltung Danzigs auf dem Gebiete der Polizei und des Gerichtswesens.

## Polnischer Truppeneinmarsch nach Danzig?

Berlin, 25. April. Ein Moskauer Blatt wußte vor einigen Tagen von einer Absicht der Warschauer Regierung zu berichten, polnische Truppen zur Wahrung der angeblich bedrohten polnischen Interessen nach Danzig zu entsenden. Dieses von jenseitlicher Seite verbreitete Gerücht, das anfänglich starken Zweifeln begegnete, hat sich hartnäckig erhalten und ist bis zu einem gewissen Grade durch die inzwischen bekannt gewordene Absicht der Polen bestätigt worden, den Beschluß des Völkerbundsrates vom 22. Juni 1921 in Anwendung zu bringen. Dieser Beschluß, den Polen jetzt in Genuß für seine Zwecke verwenden will, hat jedoch ganz andere Voraussetzungen, als die polnische Regierung vorstellt. Polen hat Danzig gegenüber weder ein selbständiges Schutzwort noch viel weniger eine Schutzpflicht. Ein eventueller militärischer Schutz Danzigs steht dem Völkerbund zu. Der Völkerbund hat in seinem Beschluß vom 22. Juni

Nachkriegszeit, und immer wieder trifft schüchtern sich hervorwagende Anstöße der tödlichen Rauhreif. Eine „Erbkrankheit“ des Krieges ist jetzt aber doch — wenigstens zur Hälfte — vernichtet worden, wofür allerdings auch wir Deutsche die Kosten zu bezahlen haben. Es sind die Papiermarkmillarden, die die zum Teil deutsche Besatzung in Belgien nach dem Zusammenbruch in den Händen der Einwohner zurückließ, die aber später in Brüssel zusammenströmten aus Belgien und allen Nachbarländern, weil die belgische Staatsbank sie, wenn auch zu einem geringen Betrag, einstweilen bis 1936 müssen wir allmählich eine Summe von 600 Millionen in bestimmten Jahresabteilungen dafür an Belgien abführen, daß nun jene rund sechs Papiermarkmillarden zwar nicht in Feuer aufgehen, sondern etwas „wirtschaftlicher“ ihr Ende finden, nämlich zu Papier verarbeitete werden. Leider wird mit ihnen längst nicht alles gekämpft und zermahlen, was an Verhandlungsvermögen aus dem Argege zurückbleibt. Wir spüren es jetzt wieder an jenen eifigen Winden, die nicht bloß von Westen her über Deutschland hinwegziehen und die ein wirkliches Frühlingsernter nicht aufkommen lassen.

## Das Reichskabinett läßt sich berichten

Waffen gegen die Arbeitslosigkeit werden geschmiedet.

Das Reichskabinett hat in seiner ersten Sitzung nach der Osterpause in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten getagt, dessen Hinzuziehung durch den ausführenden Vizepräsidenten, den Reichsfinanzminister über die Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden erstatte, notwendig geworden war. Der zweite Bericht des Reichsarbeitsministers über die Arbeitslosigkeit und die vom Reichsarbeitsministerium zu erledigenden Aufgaben scheint zu einer wenigstens vorläufigen Stellungnahme des Reichskabinetts zu den bisher vorliegenden Vorschlägen der Brauns-Kommission geführt zu haben, unter deren Berücksichtigung die Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage jetzt ihre weiteren Verhandlungen durchführen wird. Sie wird jetzt wieder allwöchentlich an je drei Tagen ihre Sitzungen abhalten. Ein zweites Referat zu den Fragen der unterstützten Arbeitslosenhilfe wird für die nächste Zeit den Hauptgegenstand der Beratungen der Kommission bilden. Inzwischen wird auch die letzte Redaktion des Gutachtens zur Frage der Arbeitsbeschaffung vorgenommen werden. Mit Rücksicht auf die kommenden Beratungen über die Frage der unterstützten Arbeitslosenhilfe hat die Kommission ein weiteres Mitglied hinzugewählt, nämlich Geheimrat Dr. Aurin-Freiburg-Breis-

1921 Polen nur als besonders geeignet erklärt, unter gewissen Umständen diesen Schutz übertragen zu erhalten. Auf jeden Fall müßte der Völkerbundsrat eine einstimmige Entscheidung herüber herbeiführen. Nach Lage der Dinge ist es aber vollkommen ausgeschlossen, daß Deutschland (von anderen Mächten abgesehen) Polen dazu verhilft, auch in Danzig militärisch festen Fuß zu fassen.

Eine Befähigung der Gerichte über geplante Truppenentsendungen war am Freitagabend noch an seiner Stelle zu erhalten. Immerhin wird es in Berlin nicht für ausgeschlossen gehalten, daß die Polen mit Rücksicht auf den oberösterreichischen Streifen, der auf der Waisung des Völkerbundsrates wieder zur Sprache kommen wird, den gegenwärtigen Augenblick für geeignet halten, mit einem derartigen Manöver die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der Loslöse abulenken, daß die Polen vom Völkerbundsrat auferlegten Verpflichtungen in Oberösterreich noch nicht in vollem Maße erfüllt worden sind.

## Deutsche Note an Litauen.

Gegenmaßnahmen gegen die litauische Ausweisungspolitik notwendig.

Die deutsche Gesandtschaft in Kovno hat am Freitag der litauischen Regierung wegen des am 20. April erfolgten Ausweisung des Studienassessors Hartung aus dem Reichsgebiet eine Note überreicht, in der erneut darauf hingewiesen wird, daß die Ausweisung im Widerspruch zu den Bestimmungen des deutsch-litauischen Handelsvertrages steht und daß die deutsche Regierung auch diesen Fall dem im Handelsvertrag vorgesehenen Schiedsgericht übergeben werde.

Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt ist, stehen noch weitere Ausweisungen von Reichsdeutschen auch im litauischen Kovno bevor. Dem in Litauen seit zehn Jahren ansässigen juristischen Berater der deutschen Gesandtschaft in Kovno, Rechtsanwalt Baumgarten, ist die Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängert worden. Dem ebenfalls seit zehn Jahren in Litauen wohnhaften Prediger Hahn wurde wegen Nichtbestandes einer Aufenthaltsgenehmigung, obgleich er dieser als Prediger nicht bedürftig, eine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung verweigert.

Angeichts der herausfordernden litauischen Ausweisungspolitik wird es jetzt höchste Zeit, daß Deutschland energische Vorstellungen in Kovno erhebt. Sollte hierdurch die litauische Regierung nicht zur Vernunft gelangen, so sind schärfste Gegenmaßnahmen am Platze.

gan, der auf Grund seiner Lebensarbeit ein genauer Sachkennner der nunmehr zur Beratung stehenden Fragen ist. Das vom Reichskabinett festgesetzte Arbeitsprogramm steht bereits für Sonnabend wieder eine Sitzung vor. Die allgemeine Aussprache dürfte sich mit den Fragen der Ernährungswirtschaft, der Lohnpolitik und der der Preispolitik befassen. Die zuständigen Kabinettsmitarbeiter werden hierüber eingehend berichten.

## Verhandlungen mit den Parteien.

Der Reichskanzler legt selbstverständlich Wert darauf, die Arbeit des Kabinetts in enger Fühlung mit den Vertretern der wichtigsten Reichstagsparteien durchzuführen. In diesem Zusammenhang haben der völksparteiliche Abgeordnete Dingeldey und der konservativ-abgeordnete Graf Westarp persönlich Unterredungen mit dem Kanzler gehabt.

## Vorbereitung des Zollprogramms.

Ferner hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit Reichsernährungsminister Schiele, in der es sich um die Vorbereitung des agrarpolitischen Teiles der Kabinettsarbeit handelte. Es ist anzunehmen, daß das Kabinett sich daraufhin in der nächsten Zeit über die Frage des Umfangs der Zölle für sogenannte Veredelungsprodukte, Fleisch, Vieh, Mehlereiprodukte, Butter, Eier usw., sowie für Weizen- und Futtergerste schlüssig werden wird.

## Das Programm der Sitzung des Reichskabinetts.

Das Programm der Sitzung des Reichskabinetts umfaßt vorwiegend unter anderem ein Referat des Reichsernährungsministers Schiele über die Entwicklung der Zollpolitik, ein solches des Reichsarbeitsministers Siegelwald über die Lohnfragen und eines des stellvertretenden Reichswirtschaftsministers Trendelenburg über die Preisfragen. Ferner stehen auf der Tagesordnung die Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien und Ungarn.

## Die Empfänge der Parteiführer beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler hat mit dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei und dem Führer der Konservativen, dem Grafen Westarp, eine Aussprache gehabt. Von zuständiger Seite wird Wert darauf gelegt, daß es sich hierbei nicht um die Wiederaufnahme irgendwelcher offizieller Parteiführerverhandlungen gehandelt hat. Die Unterredungen hätten lediglich informativem Zweck gehabt.